

«Unser Weg und Ziel bleibt Europa»



Die neue Legislatur der eidgenössischen Räte war bisher geprägt durch die veränderten politischen Verhältnisse in beiden Kammern. Gleichzeitig wechselten im vergangenen Jahr CVP, FDP und SVP ihre Präsidien aus, was zu teilweise noch etwas diffusen Positionierungen führte. Die SVP und FDP haben zusammen mit der Lega im Nationalrat neu eine hauchdünne Mehrheit. Dies führte in Wirtschafts- und Finanzfragen zum Versuch eines Powerplays von rechts. Spätestens die Abstimmung über die USR III hat diesen Versuchen ihre Grenzen aufgezeigt. Gleichzeitig verfügen SP und CVP über eine Mehrheit im Ständerat. Darum kommt es im Nationalrat häufiger zu lauten Auseinandersetzungen und schnellen Entscheiden, die der Ständerat dann wieder korrigiert. Es ist etwa wie Pausenplatz und Lehrerzimmer, wenn die Vorlagen immer häufiger im Differenzbereinungsverfahren zwischen beiden Kammern hin und her geschoben werden. Da der Ständerat aber in der Einigungskonferenz die knappe Mehrheit hat, setzt sich im neuen Parlament manchmal eben doch Mitte-links durch, etwa bei der Energiestrategie oder jüngst bei der Altersreform.

Europapolitisch haben die Räte mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative nach heftigen Wehen eine Maus geboren. Aber immerhin eine Maus, immerhin eine Lösung und immerhin

rechtzeitig. Damit ist auch die Weiterführung der Wissenschafts- und Forschungszusammenarbeit im Rahmen von Horizon 2020 einstweilen gesichert. Dass sich zuletzt die alte europapolitische Koalition für die Personenfreizügigkeit durchgesetzt hat, ist ein gutes Zeichen für die Zukunft.

Wir EuropäerInnen sehen uns nach der Wahl des neuen US-Präsidenten deutlicher als zuvor daran erinnert, worauf unsere Demokratien eigentlich gründen. Ich bin zuversichtlicher als noch vor Kurzem, dass die weltweiten Entwicklungen uns auch lehren und darin bestärken können, wer wir sind. Natürlich lauern überall in Europa die Nationalpopulisten. Es ist aber auch so, dass überzeugte und klare Europäer wie Martin Schulz Wahlen gewinnen und gerade viele junge Menschen motivieren können. Sie stärken die Überzeugung, dass wir EuropäerInnen für die aufklärerischen Errungenschaften einstehen müssen. Auch hier, zum Beispiel in Polen oder Ungarn oder in der Flüchtlingspolitik. Wenn Europa es nicht schafft, seine gemeinsame Wertebasis in den Köpfen und Herzen seiner Menschen zu erneuern, wird es scheitern. Denn Europa muss mehr sein als die Profitmaximierung von Nationalstaaten. Vielleicht gelingt es ja auch, dass diese Erzählung bei den SchweizerInnen ankommt, dass wir positive Aussagen zu Europa finden. Zuerst im Rahmen eines grundsätzlichen Volksentscheids über einen Gegenvorschlag zu RASA – und dann dabei, die Bilateralen nicht nur zu retten, sondern weiterzuentwickeln. Unser Weg und Ziel bleibt Europa. So, wie wir es verteidigen und weiterentwickeln wollen, weil wir es lieben.

Martin Naef

Ermessen auch für Menschlichkeit



Mario Fehrs Ausgrenzung durch die Eingrenzungsbestimmungen führte in den letzten Wochen zu viel Protesten, Konflikten in der SP und sonderbaren Rechtfertigungsversuchen des SP-Regierungsrats. Eine von Marios Rechtfertigungen war, dass er ja nur im Rahmen der Gesetze handle. Opfer also der Umstände. Das stimmt natürlich nicht. Denn der Kanton Zürich vollzieht nicht einfach nach, was andere Kantone vormachen. Und was zwingend wäre. Vielmehr hat die Eingrenzungs politik zu einem Druck auf andere Kantone geführt, mitzuziehen. Härte zu zeigen.

Mit dem legalen Rahmen ist es halt so eine Sache. Neben klaren Bestimmungen gibt es auch den Ermessensspielraum. Die Frage ist bloss, ob man ihn nutzt. Und wenn ja, in welche Richtung. Darum ist

es gut, dass die Sans-Papiers Anlaufstelle SPAZ, die ich vor 12 Jahren mitgegründet habe, nun zusammen mit anderen Organisationen eine Petition lanciert, die daran erinnert, dass man als kantonaler Vorsteher eines Migrationsamts auch Spielraum hat in Richtung Vernunft und Menschlichkeit. Die Petition fordert eine «Operation Papyrus», also Aufenthaltspapiere für Sans-Papiers. Vorbild ist der Kanton Genf mit

dem FDP-Regierungsrat Pierre Maudet. Genf hat im letzten Monat mit dem Pilotprojekt «Operation Papyrus» 590 Sans-Papiers, die schon viele Jahre im Land leben, einen regulären Aufenthaltsstatus erteilt. Und zukünftig sollen tausende Sans-Papiers im Kanton Genf reguliert werden. Maudet rechtfertigt die Regularisierung korrekt als griffige Massnahme gegen Schwarzarbeit. Dafür braucht es keine Gesetzesänderung, sondern nur politischen Willen. Denn die Operation Papyrus ist weder eine kollektive Regularisierung noch eine Amnestie. Vielmehr wird jeder Fall einzeln überprüft. Und Papyrus betrifft lediglich die dem Ausländergesetz unterstehenden Sans-Papiers, die seit vielen Jahren in Genf leben und arbeiten (vgl. «Der B-Ausweis»). Gegen Asylsuchende nämlich ist auch Genf hart. Sehr hart. Unter Pierre Maudet wurde Genf zu einem

jener Kantone, welche am meisten abgewiesene Asylsuchende in ihre Herkunftsländer oder in andere Dublin-Staaten zurückschaffen. Da trifft sich der rechte Sicherheitspolitiker und Videoüberwachungs-Fan

Maudet mit Mario Fehr.

Auch wenn es nach den Erfahrungen der letzten Jahre kaum wahrscheinlich ist – ich hoffe doch, dass sich umgekehrt Mario Fehr auch einen Schubs gibt Richtung Maudet. Dann, wenn es nicht darum geht, wegzuekeln, sondern darum, Menschen ohne Aufenthaltspapiere, die seit Jahren unbescholten hier arbeiten, anzuerkennen.

Balthasar Glättli